

Verband der Niedersächsischen Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter e.V. (VNVR)

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 13.06.2018 im Verwaltungsgericht Hannover

TOP 1 Eröffnung

Der Vorsitzende Herr Müller-Fritzsche eröffnete die Mitgliederversammlung und begrüßte die Anwesenden.

Anschließend erinnerte er daran, dass Dr. Axel Berthold, ehemaliger Richter am Obergericht Lüneburg, am 24. Oktober 2017 im Alter von 72 Jahren verstorben ist.

TOP 2 Grußwort der Präsidentin des VG Hannover Hannelore Kaiser

Frau Kaiser begrüßte ebenfalls die Anwesenden. Sie hob mit einem Schmunzeln hervor, formell betrachtet gar nicht Hausherrin zu sein; dies sei der Präsident des Finanzgerichts. Mit etwas Wehmut hielt sie ihr letztes Grußwort als Präsidentin auf einer Mitgliederversammlung. Frau Kaiser würdigte den scheidenden Vorsitzenden Müller-Fritzsche, der in seinem Amt ebenso lange „durchgehalten“ habe wie sie, nämlich 11 Jahre.

TOP 3 Grußwort des Präsidenten des Obergerichts Lüneburg Dr. Thomas Smollich

Der OVG-Präsident begrüßte die Mitgliederversammlung und ging ein u. a. auf die Belastung der niedersächsischen Verwaltungsgerichtsbarkeit mit Asylverfahren, die personelle Entwicklung einschließlich der Personalgewinnung, den Richter auf Zeit, die Verfahrensdauer, die durch die Nutzung des Computers geprägte papierlose richterliche Arbeitsweise in der Zukunft, die elektronische Akte und eine mögliche Überarbeitung der VwGO.

TOP 4 Beschlussfassung über die weitere Tagesordnung

Die Mitglieder hatten keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung. Der Vorsitzende stellte fest, dass die Versammlung nach Auszählung der vertretenen Stimmrechte beschlussfähig sei.

TOP 5 Bericht des Vorsitzenden

Herr Müller-Fritzsche stellte zunächst die aktuellen Mitgliederzahlen dar. In einer Vorstandssitzung vor Beginn der Mitgliederversammlung seien 6 Kolleginnen und Kollegen und seit der letzten Mitgliederversammlung insgesamt 23 neue Mitglieder aufgenommen worden, ausgetreten seien 4 Mitglieder. Der Tod eines Pensionärs sei zu beklagen. Derzeit habe der Verband 198 aktive Mitglieder, 63 Pensionäre und 11 externe Mitglieder. Insgesamt habe der Verband damit 272 Mitglieder. Die Mitgliederzahl sei wie im Vorjahr gestiegen. 2007 habe sie noch bei 206 gelegen. In der Mitgliederentwicklung mache sich die nicht geringe Zahl der

Neueinstellungen der letzten Jahre bemerkbar. Die neuen Kolleginnen und Kollegen entschieden sich überwiegend schon nach kurzer Berufstätigkeit, dem Verband beizutreten. Bemerkenswert sei weiterhin der hohe Organisationsgrad von deutlich über 80 Prozent.

Anschließend ging der Vorsitzende auf die Arbeit im Vorstand ein. Große Sorge bereiteten weiterhin die Eingänge in asylrechtlichen Verfahren. Seit dem Jahr 2016 seien die Eingänge in den dazu gehörenden Sachgebieten in einem Ausmaß angestiegen, wie dies zuvor noch nie der Fall gewesen sei. Zwar seien die Eingänge in Asylsachen im Jahr 2018 verglichen mit 2017 rückläufig. Im Jahr 2017 gingen monatlich bei allen Verwaltungsgerichten durchschnittlich 2312 Verfahren ein, in den ersten Monaten des Jahres 2018 habe dieser Mittelwert bei 1597 gelegen. Aufgrund der bei dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge noch anhängigen Verfahren lasse sich voraussehen, dass diese Tendenz anhalte. Nicht zu übersehen sei aber, dass trotz inzwischen rückläufiger Eingangszahlen der Bestand an asylrechtlichen Verfahren auf ein beängstigend hohes Niveau angewachsen sei. Dieser habe Anfang 2017 bei unter 10.000 Verfahren gelegen; im Mai 2018 seien mehr als 22.000 Verfahren anhängig gewesen.

Die Zahlen zeigten, dass die Verbesserungen bei der personellen Ausstattung der Gerichte nicht ausreichend gewesen seien, um der dramatischen Zunahme der Verfahren Herr zu werden. Zwar leuchte ein kleines Lichtlein am Horizont: Erstmals im Mai 2018 hätten nach langer Zeit mehr asylrechtliche Verfahren erledigt werden können als eingegangen seien. Im Übrigen aber werde bei der derzeitigen Ausstattung der enorm hohe Bestand dazu führen, dass sich die Laufzeiten verlängerten. Ob das hinnehmbar sei, müsse letztlich die Politik entscheiden. In der gegenwärtigen politischen Diskussion werde überwiegend gefordert, dass Asylverfahren - auch die gerichtlichen Asylverfahren - weiter beschleunigt werden sollten. Das sei ohne eine weitere Verbesserung der personellen Ausstattung nicht zu erreichen. Diese Erkenntnis sei erfreulicherweise jetzt teilweise bei den Politikern angekommen. Aufgabe des Verbandes sollte es sein, dazu beizutragen, dass sie sich allgemein durchsetze.

Im Folgenden ging der Vorsitzende auf die verbandseigene Fortbildung ein. Am 19./20. Oktober 2017 habe in Königslutter eine Fortbildungstagung des VNVR stattgefunden. Die Veranstaltung sei sehr gut besucht gewesen. Der Vorstand habe dort mehr Teilnehmer denn je zuvor auf einer Verbandsfortbildung begrüßen dürfen. In Königslutter sei 2017 eine neue „Veranstaltungsform“ ausprobiert worden, die der Vorstand „Dialog der Gerichte“ genannt habe. Dabei seien die Kolleginnen und Kollegen in zwei Blöcken je 45 Minuten jeweils in sieben Kleingruppen zu einem fachbezogenen, gerichtsübergreifenden Austausch in lockerer Atmosphäre zusammengekommen. Das Element sei sehr gut angekommen, was für eine Wiederholung spreche.

TOP 6 Bericht aus dem BDVR

VPräsVG Müller-Fritzsche berichtete über die Arbeit im Vorstand des BDVR.

Am 9./10. November 2017 habe in Berlin die Mitgliederversammlung des BDVR stattgefunden. Breiten Raum habe die Diskussion um die Frage beansprucht, welche Position der Verband bei dem Thema Rechtsmittelreform einnehmen soll. Herr Müller-Fritzsche erinnerte daran, dass der BDVR eine Arbeitsgemeinschaft Rechtsmittelreform gegründet habe (siehe TOP 6 des Protokolls der MV 2017). Der Arbeitsauftrag habe darin bestanden, zu prüfen, ob und wie die Rechtsmittel der Berufung und der Revision verändert werden sollten. In einem ersten Schritt sollte die Frage erörtert werden, ob ein Reformbedarf gesehen werde. Werde dieser bejaht, so sollte in einem zweiten Schritt erörtert werden, welche Änderungen für erforderlich gehalten und befürwortet würden. Auf der Mitgliederversammlung sei sehr kontrovers diskutiert worden, ob überhaupt ein Reformbedarf anzuerkennen sei. Vor allem die Vertreter aus Bayern und NRW hätten sich vehement dafür eingesetzt, keinerlei Veränderungen

vorzunehmen. Angenommen worden sei dann der Antrag, dass der BDVR einen Reformbedarf im Rechtsmittelrecht nicht sehe. Damit sei die Arbeitsgemeinschaft Rechtsmittelreform praktisch beendet. Dies sei vor allem deshalb misslich, weil es eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe der JuMiKo zur "Reform des Verwaltungsprozessrechts" gebe, die sich ebenfalls mit der Reform des Rechtsmittelrechts beschäftige.

Der BDVR habe weiterhin auch im letzten Jahr Bestrebungen unterstützt, das Rechtsmittelrecht im Asylprozess zu ändern.

Zu den Veranstaltungen des BDVR trug Herr Müller-Fritzsche vor, dass 2017 erstmals der Leipziger Dialog stattgefunden habe. Nach der Auffassung des BDVR-Vorstandes habe sich das Format bewährt. Der Leipziger Dialog sei grundsätzlich positiv aufgenommen worden und im Wesentlichen gelungen. Aus dem Kreis der Mitglieder sei die grundsätzlich positive Wertung der Veranstaltung als Ganzes geteilt und eine Fortsetzung begrüßt worden. In einzelnen Punkten könnten bei einer Fortsetzung Verbesserungen vorgenommen werden, so etwa bei der Größe mancher Arbeitskreise und besseren Anreizen für einen lebhaften Dialog. Vermutlich im Jahr 2021 werde der 2. Leipziger Dialog folgen.

Die Planungen für den Deutschen Verwaltungsgerichtstag 2019 in Darmstadt seien weit fortgeschritten. Der Flyer für die Vorankündigung sei fertiggestellt und könne in Druck gehen. Das Programm stehe. Die Referenten und Moderatoren seien ganz weitgehend festgelegt.

2020 werde der Kleine Verwaltungsgerichtstag in Saarbrücken stattfinden. 2022 werde Würzburg den Verwaltungsgerichtstag ausrichten.

Im Anschluss überreichte VPräsVG Neuhäuser dem Vorsitzenden im Namen aller Mitglieder ein Geschenk und **dankte ihm herzlich** für seinen langjährigen, unermüdlichen und erfolgreichen Einsatz als Vorsitzender für den Verband. Herr Müller-Fritzsche bedankte sich bei allen.

TOP 7 Bericht des Kassenwarts

Herr Pardey stellte die finanzielle Situation des Verbandes unter Berücksichtigung der Fortbildungsveranstaltung im Oktober 2017 in Königslutter dar.

TOP 8 Bericht der Kassenprüfer und Entlastung des Vorstandes

Für die Kassenprüfer bestätigte Herr Boumann, dass die Kasse ordnungsgemäß geführt worden sei. Sodann wurde die Entlastung des Kassenwartes und des übrigen Vorstandes beantragt und von der Versammlung erteilt (einstimmig bei Enthaltungen aller zehn Vorstandsmitglieder).

TOP 9 Neuwahl des Vorstandes

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes überreichte der bisherige Vorsitzende Kai-Uwe Klinge, der nicht wieder kandidierte, ein kleines Geschenk als Dank für seine langjährige Vorstandsarbeit.

Herr Müller-Fritzsche verlas anschließend die Kandidatinnen und Kandidaten für den Vorstand:

Vorstandsmitglieder:

- VPräsVG Dr. Gert Armin Neuhäuser (Vorsitzender)
- RiVG Sebastian Alemeyer (stellv. Vorsitzender)
- Ri'inOVG Michaela Obelode (OVG)
- RiVG Manfred Burzynska (Oldenburg)
- Ri'in Franziska Ullrich (Stade)
- RiVG Michael Matthies (Hannover)
- Ri'inVG Dr. Katharina Padberg (Lüneburg)
- VRiVG Dr. Stephan Struß (Braunschweig)
- RiVG Philipp Rammes (Osnabrück)
- RiVG Ralf Pardey (Göttingen)

Vertreter:

- Ri'inVG Angelika Düfer (Braunschweig)
- Ri'inVG Katharina Brauschke (Lüneburg)
- RiVG Daniel Brandt (Oldenburg)
- Ri'inVG Anne Bott (Hannover)
- VRiVG Andreas Paul (Osnabrück)
- RiVG Martin Sander (Göttingen)
- Ri'inVG Jenny Dieck (Stade)
- Ri'inOVG Dr. Gunhild Becker (OVG)

Sodann übernahm Präs'inVG Kaiser die Leitung des Wahlvorgangs. Sie fragte zunächst, ob eine Einzelwahl der Kandidatinnen/Kandidaten gewünscht werde. Da kein Interesse daran bekundet wurde, lies sie über eine Wahl en bloc abstimmen: Der Vorschlag wurde einstimmig ohne Enthaltungen angenommen. Auch der Vorschlag, offen per Handzeichen (und nicht geheim) abzustimmen, wurde einstimmig ohne Enthaltungen angenommen.

Anschließend stellte Frau Kaiser die o. g. Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl: Die Liste wurde einstimmig ohne Enthaltungen gewählt. Soweit die Kandidaten/Kandidatinnen anwesend waren, nahmen Sie die Wahl an. Im Übrigen lagen Einverständnis- und Annahmeerklärungen vor.

Frau Kaiser dankte allen für die Bereitschaft, sich im Vorstand zu engagieren.

TOP 9 Neuwahl der Kassenprüfer

Der Vorstand bedankte sich bei den Kassenprüfern Volker Boumann und Karl-Heinz Ahrens für die vielen Jahre ihrer Tätigkeit.

Einstimmig bei einer Enthaltung wurden VRiOVG Dieter Schütte und VRiOVG Dr. Alexander Weichbrodt zu Kassenprüfern gewählt.

TOP 10 Verschiedenes

Zu diesem Punkt gab es keine Wortmeldungen.

Nachrichtlich:

Im **öffentlichen Teil der Mitgliederversammlung** ging zunächst Herr Staatssekretär Dr. von der Beck auf aktuelle justizpolitische Vorhaben ein.

Nach der Mittagspause referierte Rechtsanwalt Prof. Dr. Matthias Dombert aus Potsdam zu dem Thema Effizienzsteigerung der Verwaltungsgerichtsbarkeit aus anwaltlicher Sicht.

Dr. Neuhäuser (Vorsitzender)

Dr. Struß (Schriftführer)